Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 22½ Ngr., durch die Post 25 Ngr. Einzelne Nummern 1 Ngr.
Auflage: 24000 Expl.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme auswärts: Haasenstein und Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Fr. Voigt in Chemnitz. — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Unterhaltung und Geschäftsverkehr.

Druck und Eigenthum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden. Verantwortl. Redacteur: Julius Reichardt.

Inserate werden Marienstraße 13 angenommen bis Ab. 5 Uhr, Sonntags bis Mittags 1½ Uhr. Auch Neustadt: große Meißnergasse 5 bis Nachm. 5 Uhr. Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfg., unter Einsandt die Zeile 3 Ngr.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Anonyme Anzeigen von uns unbekannten Firmen u. Personen ignoriren wir ganz gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Wiedererstattung. 9 Silben kosten 1½ Ngr. Außerdem können die Zahlung auch auf eine Dresdner Firma anweisen. Die Exp.

Nr. 119. Neunzehnter Jahrgang. Mitredacteur: Dr. Emil Bierey. Für das Feuilleton: Ludwig Hartmann. **Dresden, Mittwoch, 29. April 1874.**

Für die Monate Mai und Juni

werden Abonnements auf die „Dresdner Nachrichten" in der Expedition, Marienstraße Nr. 13, zu 15 Ngr., sowie für auswärts bei den Postämtern zu 17 Ngr. angenommen.

Politisches.

In dem Abgeordneten Fux besitzt der österreichische Reichsrath einen Redner von hervorragender Bedeutung, der, wenn seine Wiege nicht in Mähren, sondern in einer deutschen Reichsprovinz gestanden hätte, im deutschen Reichstage eine Stellung ersten Ranges einnehmen würde. Mit hinreißender Beredtsamkeit ausgestattet, von sittlichen Ideen getragen, hielt derselbe neulich eine Rede über die Klöster, die in einer so klostergründenden Zeit wie die unsrige, auch über die Grenzen Oesterreichs hinaus, Beachtung verdient. Das letzte der confessionellen Gesetze nämlich, das der Kaiser von Oesterreich dem Reichsrathe vorgelegt hat, ist bestimmt, die klösterlichen Genossenschaften rechtlich zu begrenzen. Es führt eine scharfe Controle über die Klöster ein, erschwert den Zuzug zu den Orden, erleichtert den Austritt, beschränkt den Erwerb materieller Güter durch sie und hält die große römische Miliz der Mönche im Schach. Oesterreich sucht sich der Landplage zu erwehren, die von jenem Heere von Bettelmönchen, schmutzigen Barfüßern, geistlichen Landstreichern gebildet wird, welche am Volkswohlstande zehren, der Unbildung dienen und dem Papste die allezeit bereite Kämpferschaar stellen. Auch dem Unwesen der Nonnenklöster sucht das Gesetz zu steuern. Es giebt, wie die „N. fr. Pr." in einem langen, traurigen Kataloge aufzählt, Ursulinerinnen, Salesianerinnen, Carmeliterinnen, Clarissinnen, Benedictinerinnen von der ewigen Anbetung, Congregationen de Notredame des seligen Pierre Fourier, Franciscaner-Schwestern des dritten Ordens, Schwestern vom armen Kinde Jesu, Schulschwestern nach der Regel des heiligen Augustin, Recollectinnen, Frauen vom guten Hirten, Schwestern vom heiligen Karl Borromäus, Schwestern des heiligen Vincenz de Paula, Töchter vom heiligen Kreuz, Arme Dienstmägde Jesu Christi, Töchter du Sacré Coeur, Schwestern von der göttlichen Vorsehung, vom heiligen Geiste, Büßerinnen von allen Farben und Heiligen. Sie dringen als Krankenwärterinnen in alle Familien und in öffentliche Spitäler, haben die Erziehung der Töchter vornehmer Familien in Händen und folgen der Weisung ihrer französischen oder belgischen Mutterhäuser. Ihre Beichtväter und Oberinnen sorgen für Schenkungen, Legate und Scheinkäufe, und was anscheinend für ein Waisenhaus oder eine Schule erworben wird, ist in Wahrheit für den Orden gewonnen. Tausende von Mädchen werden so der Familie, der Arbeit, der Gesellschaft entzogen.

Noch fühlt sich der Staat zu schwach, die Axt an den Giftbaum der Klöster zu legen und sie aufzulösen; aber er tritt der um sich greifenden Pest doch in manchen Stücken entgegen. Wohl giebt es bei uns, wie der Abg. Fux ausführte, keine Selbstabtödter, die es zu Wege bringen, tagelang den eigenen Nabel zu beschauen oder auf einem Fuße zu stehen, aber der Arbeitsscheu, die noch jetzt Tausende in die Klöster treibt, muß gesteuert werden. Das Kreuz, das mancher kleine Handwerker und Tagelöhner trägt, die Erwerbslosigkeit, der Kummer, die Krankheiten und Entbehrungen, mit denen er kämpft, sind ein drückenderes Kreuz, als die Beschaulichkeiten und Pönitenzen der Mönche. Die härene Kutte und der Stachelgürtel wollen gegenüber dem Luxus vieler Klöster nicht viel sagen; die Arbeit des Matrosen, Ackerbauers, Handwerkers und Fabrikarbeiters steht unendlich höher als das Brevierbeten und Rosenkranzhinmurmeln der Mönche; das Wirken der Hausfrau, die Mann und Kinder kleidet, für sie kocht und sie sauber hält, ist mehr werth als das Schmachten ätherisch angelegter Nonnen, die sich allezeit mit ihrer himmlischen Hochzeit beschäftigen. Jenes Reformgesetz aber bezweckt nicht blos die Arbeitsscheu einzudämmen, sondern auch die voreilig oder in unglücklichen Stunden der geistigen Sclaverei Ueberlieferten, die lebendig Begrabenen wieder zu erwecken und sie der menschlichen Gesellschaft zuzuführen. Abg. Fux kündigte in seiner Rede einen Antrag an, daß keine Errichtung neuer Klöster ohne ein Reichsgesetz ferner erfolgen soll. Wir sehen, auch Oesterreich ist bei einer wahrhaften Culturarbeit begriffen. Wünschen wir ihm dabei Glück und Gedeihen!

„Wenn es gelungen wäre, die Wucherpflanzen, welche auf dem Concile großgezogen sind, im Keime zu ersticken, würden wir uns heute nicht in unbegreiflichen Wirren befinden, die so ziemlich Alles in Frage stellen, was seit Langem Gemeingut der Christenheit zu sein schien." Wer hat diese trefflichen Worte geschrieben? Graf Arnim, bisher deutscher Botschafter in Paris, und zwar an Dr. Döllinger. Mit überzeugender Beweiskraft führt er aus, daß das Unfehlbarkeitsdogma nicht blos eine kunstvolle Vase werden sollte, bestimmt, den Vatican zu schmücken, sondern eine Pandorabüchse zum Unheil der ganzen Welt und daß der damalige bairische Premier Fürst Hohenlohe, der ihn (den Grafen Arnim) jetzt in Paris als Botschafter ablöst, vollkommen Recht hatte, als er darauf drang, die deutschen Regierungen sollten bei Zeiten Position gegen das Concil nehmen; dann würden die deutsch-österreichischen Bischöfe einen festen Hinterhalt gewonnen haben. Damals aber fielen seine Mahnungen, obwohl sie Graf Arnim, der zu jener Zeit Deutschland in Italien vertrat, verstärkte, bei Bismarck auf unfruchtbaren Boden. Graf Arnim hat damals offenbar weiter gesehen, als Bismarck, er hatte einen tieferen Einblick in die Bedeutung des sich vorbereitenden kirchlichen Conflicts. Jetzt ist er durch die Veröffentlichung jener Depeschen in offene Feindschaft zu Bismarck getreten: denn Bismarcken ist es unter allen Umständen fatal, zu vernehmen, daß, wenn er damals den Mahnungen Hohenlohe's und Arnims gefolgt wäre, das Uebel des Kirchenconflicts nicht zu solchem Umfange gewachsen wäre.

Immer verdrießlicher werden den Franzosen die italienischen Sympathien der Nizzarden und Savoyarden. Man erinnert sich, welche Mühe es bei der Komödie des Plebiscits 1860 kostete, die Grafschaft zu bestimmen, sich für Frankreich zu erklären. Um die für die Abtretung Nizzas nothwendige Stimmenzahl zu erhalten, war man genöthigt, den bekannten Senator Pietri mit einer Unzahl Agenten nach der Grafschaft zu senden, und doch würden die Versprechungen, Geldvertheilungen, Drohungen und Machinationen derselben nichts genützt haben, wenn der italienische Premier Cavour, den man von Paris aus bedroht hatte und der sein ganzes Werk in Frage gestellt sah, an seine Freunde in Nizza nicht die Aufforderung hätte ergehen lassen, aus Liebe für Italien der Annexion keinen längeren Widerstand zu leisten. Selbstverständlich blieben aber die Bewohner der Grafschaft in ihrer großen Mehrheit gute Italiener, und das Kaiserreich war genöthigt, das Arrondissement Grasse vom Var-Departement zu trennen und es zu dem See-Alpen-Departement zu schlagen, um zu verhindern, daß letzteres Deputirte sende, welche im gesetzgebenden Körper gegen die Annexion protestiren würden. Die Franzosen gestehen sich, daß sie die See-Alpen nur kraft des von ihnen so gebrandmarkten Eroberungsrechts besitzen und diese Erkenntniß ist mehr als fatal.

Beinahe wäre noch in der letzten Stunde des Reichstags Graf Moltke's Mandat für ungiltig erklärt worden. Er hat im Wahlkreise Memel-Heydekrug von 7775 giltigen Stimmen nur 283 über die absolute Mehrheit erhalten. Die Wahl wurde angefochten, weil am Wahltage der jener Gegend eigenthümliche Eisgang (Schacktarp) eine Anzahl Wähler verhindert hatte, zum Wahllocale zu gelangen, um ihr Wahlrecht auszuüben. In früheren Fällen wurden Wahlen wegen solcher Behinderung durch Eisgang cassirt. Da jedoch aus etlichen jener Dörfer einzelne Wähler sich durch den Eisgang nicht hatten abhalten lassen, zu stimmen, so wurden nur jene Dörfer in Rechnung gestellt, aus denen Niemand zur Wahl hatte kommen können. Da Moltke immer noch 187 Stimmen mehr hatte als der Gegner, ein Gastwirth Anker, so wurde in der Abtheilung die Wahl Moltke's mit 16 gegen 14 Stimmen für giltig erklärt. Zur Verhandlung im Plenum kam die Sache nicht mehr, sonst hätte der Feldherr, der die Feldmarschälle Benedek, Mac Mahon und Bazaine besiegte, leicht von einem Schenkwirth geschlagen werden können.

Locales und Sächsisches.

= J. K. H. die Großfürstin Constantin traf gestern Nachmittag 3 Uhr 20 Min., von Leipzig kommend, zum Besuch an unserm k. Hofe hier ein. JJ. MM. der König und die Königin, sowie viele hohe Herren vom Dienst hatten sich zum Empfange der hohen Dame im Leipziger Bahnhofe eingefunden. Die Abreise der Großfürstin geschah bereits wieder gestern Abend 6 Uhr, indem dieselbe über Leipzig nach Würtemberg zum Besuch ihrer Tochter reisen wollte.

— Als verbürgt wird dem „Leipz. Tagebl." folgende Scene mitgetheilt. Die sächsischen Reichstagsabgeordneten machten bekanntlich, mit Ausnahme der Socialdemokraten, Sr. Maj. dem König Albert bei dessen Anwesenheit in Berlin zu des Kaisers Geburtstag ihre Aufwartung. Der König unterhielt sich mit sämmtlichen Herren auf das Freundlichste und so auch mit Herrn Dr. Heine, welcher den Leipziger Landkreis vertritt. Se. Majestät freute sich, denselben als Reichstagsvertreter in Berlin begrüßen zu können und bemerkte, es sei ihm der Weg zum Parlament durch die Socialdemokraten sehr schwierig gemacht worden. Dann aber fuhr der König in scherzendem Tone fort: „Nun, mein lieber Doctor, Ihre Gegner, die Herren Socialdemokraten, werden sich nach Ihren ersten Abstimmungen im Reichstag wieder mit Ihnen ausgesöhnt haben."

— Das „L. T." berichtet: An Kaiser Wilhelms diesjährigem Geburtstage fand in üblicher Weise ein Festmahl der hiesigen im activen Dienste befindlichen Offiziere statt. Ein Premier-Leutnant des Regiments Nr. 107, von Uslar-Gleichen, von Geburt Hannoveraner, soll hierbei in einer allerdings starken Weise damit demonstrirt haben, daß er sich, als man den Toast auf den Kaiser ausbrachte, weigerte, das Glas zu erheben. Wir vernehmen, daß Se. Majestät der König, als die Handlungsweise des genannten Offiziers zu seiner Kenntniß gelangt war, alsbald die Ausschließung desselben aus der Armee verfügte und, als Herr v. U. und dessen Bruder um eine Audienz baten, es ablehnte, dieselben zu empfangen. Diese That Sr. Majestät wird nicht verfehlen, im ganzen Lande die Empfindungen freudiger und dankbarer Anerkennung hervorzurufen.

— Professor Ihering in Göttingen hat die Berufung nach Leipzig abgelehnt und verbleibt in Göttingen.

— Landtag. Beide Kammern begannen gestern wieder ihre Thätigkeit. In der 1. Kammer zeigte Präs. v. Zehmen an, daß Adv. Demmer sein Mandat niedergelegt habe, da derselbe von seinem Rittergute Schwernitz soviel Waldareal an den Staat verkauft hat, daß er nicht mehr die zu seiner Wählbarkeit erforderlichen 4000 Acker Grundbesitz hat. Die Kammer trat sodann in die Berathung des Budgets ein, zunächst über die allgemeinen Staatsbedürfnisse und das Gesammtministerium. Herr v. Böhlau referirte. Eine unerwartet gereizte Debatte entspann sich über den Beschluß der 2. Kammer, welche den Staatszuschuß zur kgl. Bibliothek hier auf 8000 Thlr. erhöht und damit 2000 Thlr. mehr bewilligt hatte, als die Regierung ursprünglich forderte. Die Regierung hat freilich vor der Abstimmung jene Erhöhung zu der ihrigen gemacht; die Deputation der 1. Kammer fand darin jedoch ein Absehen von der nöthigen Vorsicht bei Beobachtung des Gleichgewichts im Staatshaushalt und ein Abgehen von dem constitutionellen Grundsatze, der Regierung nicht mehr Gelder zu bewilligen, als sie verlange. Während nun Oberhofprediger Kohlschütter, Abg. Meinhold, v. König und mit besonderer Wärme Dr. Fricke dafür sprachen, 8000 und nicht blos 6000 Thlr. zu bewilligen und Letzterer hervorhob, daß man nicht blos Kasernen und Arsenale bauen, sondern auch die Bibliotheken, die Arsenale, aus denen sich alle Arbeiter der Wissenschaft Waffen holen, gebührend unterstützen solle, Dr. v. Falkenstein auch betonte, daß die kgl. Bibliothek immer noch rechte Lücken in den Fächern der Geschichte, Geographie, Ethnographie, in Kupferwerken u. s. w. zeige, was sich seit Aufstellung des Budgets ergeben habe, führten die Deputationsmitglieder mit aller Schärfe die Wichtigkeit vor, die jener Grundsatz habe, so namentlich v. Böhlau, v. d. Planitz, Oberbürgermeister Stötzner, Seiler und v. Erdmannsdorff. Seiler betonte, daß die Kammer mit Vergnügen bei weitem mehr für die Bibliothek bewilligen würde, wenn jene Summe nicht so gelegentlich gefordert worden wäre. v. Erdmannsdorff erklärte, wie schwer es ihm falle, hier scheinbar gegen die Interessen einer wissenschaftlichen Anstalt sprechen zu müssen, aber der Finanzminister Herr v. Friesen habe in jener Frage eine persona duplex gespielt. Er hätte doch bei Aufstellung des Budgets genau so gut nachher wie in der 2. Kammer wissen müssen, ob die Bibliothek 6000 oder 8000 Thlr. brauche; habe derselbe dieses Bedürfniß wirklich erst so spät erkannt? Mit Erhöhungen in seinem Ressort sei Herr v. Friesen einverstanden, aber die in anderen Ressorts sähe derselbe gern gestrichen. Minister v. Friesen verwahrt sich etwas erregt gegen diese persönlichen Vorwürfe, daß er sein Budget unvorsichtig aufgestellt habe; er habe nach Pflicht und Gewissen gehandelt und weil seit Aufstellung des Budgets ein größeres Bedürfniß sich für die Bibliothek herausgestellt habe, hätte er mündlich der Mehrforderung zugestimmt. v. Erdmannsdorf versichert, daß ihm Persönlichkeiten fern gelegen haben, die Kammer lehnt mit 26 gegen 12 Stimmen die 8000 Thlr. ab und bewilligt nur 6000 Thlr. Ebenso lehnt sie einen Antrag des Abg. Pelz ab, daß auf den Gemälden der Galerie Schilder angebracht werden, die außer dem Namen des Malers auch die Jahreszahl und den Gegenstand des Gemäldes verkünden. Abg. Meinhold empfiehlt die Ausgabe eines billigen, kleinen und handlichen Galeriekatalogs. — Alle übrigen Positionen werden nach den Beschlüssen der 2. Kammer bewilligt, bis auf einen Hausmann, dem die 2. Kammer 20 Thlr. gestrichen hatte. — In der 2. Kammer berichtete zunächst v. Oehlschlägel über den Geschäftsbericht bei der Landes-Immobiliarbrandkasse. Dem sehr sorgfältigen Berichte können wir nur wenige allgemeinere Bemerkungen entnehmen. Ist es erfreulich, daß die feuergefährlichen Gebäude mit weicher Dachung sich jedes Jahr immer weiter vermindern, so ist es andererseits zu beklagen, daß es im Lande immer erst nur 37,2 pCt. der Gebäude giebt, die gute Feuerungsanlagen haben, während Gebäude mit mangelhaften Feuerungsanlagen noch 62,8 pCt. ausmachen. Mit Freuden stimmt die Deputation der künftigen Revision des Brandversicherungsgesetzes zu und ist mit der Aufgabe des Unterstützungsprinzips einverstanden. Abg. Beck wünscht außerdem den Versicherungszwang aufgehoben; dadurch würden sich die Prämien sehr ermäßigen; die ganze Entwickelung dränge dahin. Abg. Richter: Dadurch würde die ganze Landesgesetzgebung über die Brandversicherung hinfällig werden, für welche Dachungen und feuergefährliche Anlagen würde keine Privatgesellschaft sich mit billigen Prämien begnügen. Abg. Walter, obwohl kein Gegner der Landesanstalt, doch für Aufhebung des Versicherungszwanges. Das Verhältniß der Prämien zwischen mehr oder weniger feuergefährlichen Gebäuden sei ungerecht; in Dresden, Leipzig und Chemnitz, wo alle Anstalten zur schnellen Brandlöschung vorhanden, könne man nicht so hohe Prämien verlangen, als auf dem platten Lande. Abg. Ludwig: Es müßten denn doch noch andere Maßregeln ergriffen werden, daß auf dem platten Lande die feuergefährlichen Anlagen beseitigt werden. Reg.-Comm. Gutwasser: Durch Beseitigung des Unterstützungsprinzips würden gar bald richtigere Prämiensätze kommen. Man könne doch nicht ohne Weiteres die oft aus der Urzeit stammenden Gebäude auf dem Lande beseitigen. Nachdem Abg. Koerner noch betont, daß die Aufhebung des Versicherungszwanges den Hypothekarcredit ländlicher Grundstücke schädigen würde, lehnt die Kammer mit 63 gegen 13 Stimmen den Beck'schen Antrag ab. Andere Theile des zu revidirenden Brandversicherungsgesetzes wurden der 1. Deputation übergeben; die Gehaltsverhältnisse wurden nach den Anträgen der Deputation entschieden. Hierauf berichtete Abg. Uhlemann über die Straßenbaupetitionen. Abg. v. Einsiedel wendete sich gegen die verschiedene Art von Befürwortung, welche die Deputation den einzelnen Petitionen habe zu Theil werden lassen. Beim besten Willen könnten deren Mitglieder nicht alle Lokalverhältnisse im ganzen Lande genau kennen und es sei unvermeidlich, daß einzelne Gegenden besser wegkämen, weil zufällig Abgeordnete von dort in der Deputation säßen. So sei keine einzige Straßenbaupetition aus dem Erzgebirge befürwortet worden, weil zufällig kein Abgeordneter von dort in der Deputation sitze; hingegen scheine die Sonne der Gnade hell über die Petitionen aus der Döbelner Gegend. (Alle Blicke richten sich auf Abg. Oehmichen aus der dortigen Gegend.) — Doch wurde zuletzt der Antrag v. Einsiedel's, alle Petitionen gleichmäßig zur Kenntniß der Regierung abzugeben, gegen 11 Stimmen abgelehnt; die gestern mitgetheilten Anträge der Deputation wurden angenommen und sogar einige Petitionen mehr noch zur Erwägung überwiesen. Morgen: Schandauer Brückenbau.

— Die noch jetzt geltende Bauordnung für die Stadt Dresden vom 12. August 1827 hat nicht allein bald nach ihrem Erscheinen das Bedürfniß nach einer praktischeren, besseren Bauordnung erweckt, sie ist auch bis jetzt noch immer in vielen Punkten ein Aergerniß für intelligente Bauende gewesen. Seit 37 Jahren ist dieselbe Gegenstand vielfacher Verhandlungen im Rathscollegium; die kgl. Landesregierung setzte bereits 1831 eine Commission ein und mehrere neue Entwürfe gingen aus den Verhandlungen hervor, die aber immer wieder theils vom Rathe, theils von der Kreisdirection nicht genügend befunden wurden. Am 21. d. ist nun ein anderweiter entsprechend redigirter Entwurf einer Bauordnung im Druck vorgelegt worden und ist nun abzuwarten, ob endlich Das gefunden ward, was noth thut, oder ob weiter revidirt und entworfen werden muß. Wenn, was lange währt, wirklich gut wird, so ist alle Ursache vorhanden, von der neuen Bauordnung ganz Außerordentliches zu erwarten.

— Seit circa dreiviertel Jahr besteht bezüglich der Cassirung der Wechsel-Stempelmarken die Erleichterung, daß die Wohnung auf der Marke nicht mehr bezeichnet zu werden braucht, auch fallen die Kreuze neben den Marken fort. Trotzdem diese Erleichterung überall bekannt gemacht worden ist, wird die Cassirung immer noch zum größten Theil nach der früheren Weise vorgenommen. Nöthig ist jetzt nur das Datum und die Firma auf der Marke zu bezeichnen.

— Die Bürgersteuer für den ersten Termin dies. Jahres ist in der Zeit vom 1.—15. Mai d. J. in der Stadt-Steuer-Einnahme zu entrichten. Die rechts der Elbe wohnhaften Bürger können ihre Steuer im Neustädter Rathhause bezahlen.

— An unseren städtischen Wasserwerken wird mit einer Energie und so gutem Erfolge weiter gearbeitet, daß, wenn die Röhrenlegung in der Stadt damit gleichen Schritt hielte, eine Inbetriebsetzung der Wasserleitung spätestens im November wohl möglich wäre. Das Doppel-Reservoir, das auf Fischhäuser Reviere erbaut wird, nähert sich seiner Vollendung. In ca. 2 Monaten wird auch die zweite Hälfte fertig sein, das Ganze dann mit einer hohen